

Fragen

für die Fragestunde der 20. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. März 2022

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	31, 32	Lehrieder, Paul (CDU/CSU)	7, 8
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Leikert, Katja, Dr. (CDU/CSU)	9, 10
Brandl, Reinhard, Dr. (CDU/CSU)	18	Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	30
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	38, 39
Breher, Silvia (CDU/CSU)	5, 6	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	14, 15
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	35, 36	Reichel, Markus, Dr. (CDU/CSU)	25
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	16	Renner, Martina (DIE LINKE.)	33, 34
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	24, 37	Schön, Nadine (CDU/CSU)	17
Durz, Hansjörg (CDU/CSU)	27	Storch, Beatrix von (AfD)	3, 4
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	20, 26	Tebroke, Hermann-Josef, Dr. (CDU/CSU)	11
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	28, 41	Vries, Christoph de (CDU/CSU)	12, 13
Kemmer, Ronja (CDU/CSU)	21	Wulf, Mareike Lotte (CDU/CSU)	29, 40
		Zippelius, Nicolas (CDU/CSU)	19

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie beabsichtigt der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, das Tierwohl hierzulande zu stärken (www.zdf.de/nachrichten/politik/lebensmittel-landwirtschaft-preise-oezdemir-100.html) und dabei gleichzeitig zu verhindern, dass Fleisch zu einem „Luxusgut“ wird, das sich nur besser Verdienende leisten können?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie bewertet der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft den Umstand, dass Aktivisten der Gruppe „Aufstand der letzten Generation“ einen Haufen Mist im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ausgeschüttet haben (www.tagesspiegel.de/berlin/umwelt-protest-in-berlin-klimaaktivisten-schuetten-mist-im-landwirtschaftsministerium-aus/28070758.html), und welche Konsequenzen zieht er hieraus?
3. Abgeordnete
Beatrix von Storch
(AfD) Wie will das Bundeslandwirtschaftsministerium der für dieses Jahr vom Ifo-Institut vorausgesagten Preissteigerung von Lebensmitteln um 7 Prozent entgegenwirken und verhindern, dass Gering- und Normalverdiener durch die höheren Lebensmittelpreise stärker belastet werden (www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/lebensmittelpreise-teurerer-anstieg-101.html)?
4. Abgeordnete
Beatrix von Storch
(AfD) Wie will der Bundeslandwirtschaftsminister sicherstellen, dass durch die von ihm anvisierte Einschränkung der Zahl der Nutztiere in Deutschland auch Familien mit kleinem Einkommen sich weiterhin Fleisch als Grundnahrungsmittel leisten können (www.berliner-zeitung.de/news/oezdemir-will-lebensmittelpreise-erhoehen-li.202555)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

5. Abgeordnete
Silvia Breher
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, die coronabedingten Sonderregelungen im Elterngeld, die bereits am 31. Dezember 2021 ausgelaufen sind, rückwirkend zu verlängern?

6. Abgeordnete
Silvia Breher
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, das Bundesprogramm Sprach-Kitas über das Jahr 2022 hinaus fortzusetzen bzw. weiterzuentwickeln, und wenn ja, wie lange und welche Mittel werden für das Bundesprogramm zur Verfügung gestellt?
7. Abgeordneter
Paul Lehrieder
(CDU/CSU)
- Bietet das Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“ kurzfristig zusätzliche Unterstützung für die Flüchtlinge aus der Ukraine, und wenn ja, wird die Sprache Ukrainisch auch hinreichend im Bundesprogramm als Herkunftssprache abgebildet?
8. Abgeordneter
Paul Lehrieder
(CDU/CSU)
- Wann veröffentlicht das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, auch vor dem Hintergrund des Herausgabebeschlusses des Verwaltungsgerichts Berlin vom 9. August 2021 (VG Berlin, 2 K 281.19), die Ergebnisse der Studie „Umgangsrecht und Kindeswohl“?
9. Abgeordnete
Dr. Katja Leikert
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, auch vor dem Hintergrund der sich ausweitenden Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine, dass über das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ und „Schwangere in Not“ Hilfsangebote nicht nur auf Russisch oder Polnisch, sondern auch auf Ukrainisch angeboten werden?
10. Abgeordnete
Dr. Katja Leikert
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund des laut Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angedachten Corona-Zukunftspakets – analog zum aktuellen Corona-Aufholpaket – den Einsatz von Bundesfreiwilligendienst-Leistenden bzw. von Personen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren?
11. Abgeordneter
Dr. Hermann-Josef Tebroke
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, auch im angekündigten Zukunftsprogramm, welches anschließend an das Corona-Aufholprogramm auf den Weg gebracht werden soll, gemeinnützige Familienerholungseinrichtungen zu berücksichtigen, und wenn ja, in welcher Höhe, und ist im Gegensatz zu dem vorherigen Programm „Corona-Auszeit für Familien“ eine anteilige Förderung von pädagogischem Personal vorgesehen?
12. Abgeordneter
Christoph de Vries
(CDU/CSU)
- Was unternehmen nach Kenntnis der Bundesregierung die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ geförderten Träger und Projekte derzeit aktiv, um den Kampf der westlichen Wertegemeinschaft gegen den Krieg des Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin zu unterstützen?

13. Abgeordneter
Christoph de Vries
(CDU/CSU)
- Welche Initiativen plant das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder vor dem Hintergrund der in der Vergangenheit immer wieder öffentlichen Berichte von Kindesmissbrauch in öffentlichen Einrichtungen wie Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kirchen, Sportvereinen, Campinganlagen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

14. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Wie begründen die Bundesregierung und der Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach dessen Aussage, die aus dem Deutschen Bundestag heraus entstandenen Gruppenanträge zur Regelung einer Impfpflicht zu „bündeln“, um eine parlamentarische Mehrheit zu erreichen (vgl. z. B. FAZ vom 26. Februar 2022: „Lauterbach will Impfpflicht-Anträge bündeln“), mit Blick auf seine vormaligen Äußerungen, sich aus der Meinungs- und Willensbildung des Parlaments in dieser Thematik heraushalten und „neutral“ bleiben zu wollen (vgl. z. B. /www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-impfpflicht-karl-lauterbach-will-einen-eigenen-antrag-erarbeiten-a-c6853363-dc70-4c2f-a8fb-31c2d9884cf2), und gab es – Stand 15. März 2022 – dazu bereits Gespräche zwischen dem Bundesgesundheitsminister und den Initiatoren der Gruppenanträge (bitte nach Datum, Teilnehmer der Gespräche und Ergebnis dieser Gespräche aufschlüsseln)?
15. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob die Ausschreibung nach § 137k des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (Personalbemessung in der Pflege im Krankenhaus) im europäischen Amtsblatt erfolgt ist und ob die im Gesetz geregelte Vergabefrist zum 30. Juni 2022 eingehalten werden kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

16. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Werden bei der anstehenden Novellierung der Verordnung über das Befahren der Bundeswasserstraßen in Nationalparks im Bereich der Nordsee (Nordsee-Befahrensverordnung – NordSBefV) die für die Wattfahrt essenziellen Routen südlich der Harle (Vermeidung des gefährlichen Seegatts, ein Toter im Langeooger Seegatt 2021), die Direktverbindung von Spieka-Neufeld zum Wattenhoch südlich Neuwerk (Vermeidung des großen Wattstroms Ostertill, zwei Tote 2021) sowie die Ankerplätze östlich vom Hafen Spiekerooog, östlich vom Hafen Wangerooog und an der Bill bei Juist, wie von den Wattfahrern, nach meiner Kenntnis, erbeten, als befahrbare Gewässer qualifiziert, und falls nein, aus welchen Gründen nicht?
17. Abgeordnete
Nadine Schön
(CDU/CSU)
- Stimmen vor dem Hintergrund der Ankündigung des Bundesministers für Digitales und Verkehr Dr. Volker Wissing, das Silo-Denken nach Verkehrsträgern zu beenden (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundesregierung-wissing-setzt-auf-einen-nhew-deal-fuer-das-digital-und-verkehrministerium/27945652.html) und künftig auf Mobilitätsdaten für eine bessere Vernetzung zu setzen (Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, S. 52), die Pläne des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) für ein Mobilitätsdatengesetz mit den Vorschlägen der EU-Kommission zum „Data Act“ überein, und wenn nicht, wo liegen für das BMDV die entscheidenden Punkte, die auf nationaler wie europäischer Ebene neu ausgehandelt werden müssen?
18. Abgeordneter
Dr. Reinhard Brandl
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung bei der zukünftigen Förderung des Glasfaserausbaus auf sogenannte Potenzialanalysen setzen und damit in diesen Gebieten die Förderung für mehrere Jahre aussetzen?
19. Abgeordneter
Nicolas Zippelius
(CDU/CSU)
- Was für Auswirkungen hat aus Sicht der Bundesregierung der Ukraine-Krieg auf die internationale Digitalpolitik?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

20. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen hat die Corona-Pandemie nach Kenntnis der Bundesregierung auf den Sport in den Hochschulen und Universitäten des Landes (siehe auch Pressemitteilung des „allgemeinen deutschen Hochschulverbandes“ – adh und der Hochschulrektorenkonferenz – HRK vom 18. Oktober 2021), und in welcher Weise ist der Bund hier, vor allem hinsichtlich der finanziellen Mehrbelastungen, unterstützend tätig geworden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

21. Abgeordnete
Ronja Kemmer
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat die aktuelle Bundesregierung mit Blick auf den laufenden Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene zur Regulierung Künstlicher Intelligenz (KI) und den entsprechenden Verordnungsentwurf der EU-Kommission unternommen, um eine von allen Seiten der Digitalwirtschaft einhellig befürchtete Überregulierung im Bereich KI-Anwendungen zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

22. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung sich an den Kosten der Länder für die Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine (www.sueddeutsche.de/muenchen/starnberg/starnberg-ukraine-fluechtlinge-krieg-organisation-1.5543134) beteiligen, und wenn ja, in welcher Höhe?

23. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung ihre Absicht, die Qualität der Daten im Transparenzregister, aus dem die wirtschaftlichen Berechtigten hervorgehen, zu verbessern (siehe Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Seite 172), prioritär behandeln, um die Einziehung des Immobilienbesitzes aufgrund der EU-Sanktionen gegen regierungsnahе russische Staatsangehörige (www.n-tv.de/politik/Frankreich-will-sanktionierten-Russen-Besitz-entziehen-article23162409.html) zu erleichtern?
24. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche zusätzlichen (den ursprünglichen Haushaltsansatz übersteigenden) Mittel muss die Bundesregierung für den Verteidigungsetat im Haushaltsjahr 2022 bereitstellen, um, wie von Bundeskanzler Olaf Scholz neben dem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen angekündigt, die Verteidigungsausgaben im Jahr 2022 auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Zwei-Prozent-Ziel der NATO) zu erhöhen (dpa vom 27. Februar 2022), und wie hoch ist der Verteidigungsetat insgesamt zum aktuellsten Stichtag 2022 bei einer Umsetzung der Erhöhung auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

25. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU)
- Mit welchen Partnerländern und welcher ID-Wallet plant die Bundesregierung, am DEP-Aufruf zur Pilotierung von EUID-Geldbörsen der Europäischen Union teilzunehmen (<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/funding/dep-call-piloting-euid-wallets-has-been-published>)?
26. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Aktivitäten hat die Bundesregierung zu den Themen Geschlechtergerechtigkeit und Gender-Budgeting im Sport initiiert bzw. gefördert (bitte Aktivitäten seit 2018, zuständige Bundesministerien und Förderumfang nennen), und inwieweit ist sie hier, insbesondere bei vom Bund geförderten Spitzensportlerinnen und Trainerinnen, tätig geworden (bitte auch detailliert Aktivitäten und Ergebnisse nennen)?

27. Abgeordneter
Hansjörg Durz
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen für den Betrieb der eigenen Social-Media-Kanäle sowie ihrer Kommunikation im digitalen Raum zieht die Bundesregierung aus der Ansicht des Bundesdatenschutzbeauftragten, der zufolge das Betreiben von Social-Media-Kanälen von Bundesbehörden nicht mit Datenschutzgesetzen vereinbar ist, sogar die Erstellung einer Social-Media-Seite einen Eingriff in die Datenverarbeitung darstellen soll (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/soziale-netzwerke-datenschutzrechtliche-probleme-aufsichtsbehoerde-nimmt-instagram-tiktok-und-clubhouse-insvisier/27980966.html), und was rät sie Bundesbehörden zum Betrieb von Social-Media-Accounts sowie zur Bürgerkommunikation im digitalen Zeitalter?
28. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie viele deutsch-russische kommunale Partnerschaften bzw. Städtepartnerschaften wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine eingestellt, und welche Schlüsse für ihr eigenes Handeln zieht die Bundesregierung aus den Entscheidungen der deutschen Kommunen, die Partnerschaften mit russischen Städten auszusetzen (siehe dazu „Eine Freundschaft liegt auf Eis“ in Kölner Stadt-Anzeiger, S. 25, am 9. März 2022 sowie www.badisches-tagblatt.de/Lokales/BadenBaden/Baden-Badener-Staedtepartnerschaft-mit-Sotschi-ruht--128698.html)?
29. Abgeordnete
Mareike Lotte Wulf
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um die gezielte Versorgung und die Aufnahme von aus der Ukraine geflüchteten Frauen und Kindern in Deutschland, insbesondere vor dem Hintergrund der Gefahr geschlechtsspezifischer Gewalt in Kriegen, zu gewährleisten?
30. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Unterstützungsleistungen hat der Bund dem Land Berlin für die Bewältigung des verstärkten Flüchtlingszuzugs aus der Ukraine zugesagt oder bereitgestellt, und inwiefern findet aufseiten des Bundes eine Koordination des Transports (insbesondere durch die Deutsche Bahn AG) der Geflüchteten/Vertriebenen aus der Ukraine und deren Verteilung auf die Bundesländer statt (bitte möglichst auch in zeitlicher Hinsicht konkretisieren und zuständige Stellen beim Bund angeben)?

31. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung angesichts des Umstands, dass jährlich mehr als 10.000 Ehegatten nicht zu ihren in Deutschland lebenden Partnerinnen und Partnern nachziehen können, weil sie den geforderten Deutschtest im Ausland nicht bestanden haben, noch in diesem Jahr im Sinne der im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vorgesehenen Neuregelung des Spracherfordernisses beim Ehegattennachzug initiativ werden, sodass möglichst bald der geforderte Sprachnachweis nach der Ankunft in Deutschland erbracht werden kann und viele Paare dadurch nicht unnötig lang voneinander getrennt werden (vgl. www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800, bitte begründen), und wie lautet die Statistik zu den von den Goethe-Instituten im Jahr 2021 abgehaltenen Prüfungen „Start Deutsch 1“ im Rahmen des Ehegattennachzugs (bitte nach bestandenen und nicht bestandenen Prüfungen differenzieren und diese Angaben zudem auflisten zu den acht Ländern mit dem schlechtesten Verhältnis nicht bestandener/bestandener Prüfungen; Länder mit weniger als dreistelligen Zahl von Prüfungen sollen unberücksichtigt bleiben)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

32. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen haben im Jahr 2021 ein Visum zum Ehegattennachzug erhalten (bitte zudem nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern beim Ehegattennachzug und den acht Herkunftsländern mit dem schlechtesten Verhältnis nicht bestandener/bestandener „Start Deutsch 1“-Prüfungen auflisten), und in wie vielen Ländern ist es aktuell nicht möglich oder zumutbar, einen vom Auswärtigen Amt akzeptierten Deutsch-Sprachnachweis für den Ehegattennachzug zu erlangen?
33. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die in der Presseberichterstattung erwähnte Tätigkeit des privaten Sicherheitsunternehmens „Gruppe Wagner“ vor (www.tagesspiegel.de/politik/half-ihm-der-russische-geheimdienst-selenskyj-entging-offenbar-bereits-drei-attentaten/28131234.html), und liegen der Bundesregierung darüber hinaus Erkenntnisse vor, ob in der Vergangenheit auch deutsche Staatsbürger für die „Gruppe Wagner“ tätig geworden sind?

34. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob deutsche Staatsbürger in der Ukraine an Kampfhandlungen teilnehmen (www.focus.de/politik/ausland/ukraine-krise/lebenswichtige-erfahrung-ukraine-rekrutiert-jetzt-soeldner-auch-in-deutschland_id_64753908.html), und welche Gefahren für die innere Sicherheit in Deutschland sieht die Bundesregierung, wenn Personen mit Kampferfahrung aus dem Krieg in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehren?
35. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, dass Romnja und Roma an der Flucht aus der Ukraine gehindert werden, angesichts von Medienberichten, aus denen hervorgeht, dass Roma-Familien an der ukrainisch-slowakischen Grenze zurückgewiesen worden sein sollen, wobei Sicherheitsbeamte erklärt haben sollen, diese hätten keine Fluchtgründe, sondern würden lediglich die Gelegenheit nutzen, um kostenloses Essen und humanitäre Hilfe zu bekommen (www.romea.cz/en/news/world/roma-and-other-people-of-color-fleeing-war-in-ukraine-face-discrimination-and-racism-jaroslav-miko-tells-romea-tv-that; <https://ran.eu.com/stoppt-die-segregation-der-fluchtenden-aus-der-ukraine-gleiche-rechte-und-hilfe-fur-alle/>), und welche Maßnahmen werden ggf. ergriffen, um Personen aus dieser Gruppe in Deutschland unter erleichterten Bedingungen einen Zugang zu Schutz nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) zu gewähren, wenn sie keine Ausweisdokumente oder sonstigen Nachweise zum gewöhnlichen Aufenthalt in der Ukraine vorlegen können, vor dem Hintergrund, dass Schätzungen zufolge etwa 20 Prozent der ukrainischen Romnja und Roma staatenlos sind bzw. keine Pässe haben (vgl. ebd.)?
36. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Ist der Bundesregierung die an mich und meine Fraktion herangetragene Problemlage bekannt, wonach sich derzeit Meldungen über Fälle häufen, bei denen Männer mit ukrainischer Staatsangehörigkeit bzw. ukrainischem Pass, die ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben, kurz vor Beginn des russischen Angriffskriegs noch einmal in die Ukraine gefahren waren, um dort Angehörige zu besuchen, und jetzt die Ukraine wegen des Ausreiseverbots für Männer im wehrfähigen Alter nicht mehr verlassen können, und was unternimmt die Bundesregierung gegebenenfalls, um diesen Personen die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen?

37. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung, für die die Eindämmung der humanitären Krise in Afghanistan laut eigener Aussage absolute Priorität hat, die Freigabe der in Deutschland in Höhe eines mittleren dreistelligen Millionenwertes eingefrorenen afghanischen Vermögen (Bundestagsdrucksache 20/428, Schriftliche Frage 6) für Projekte wie zum Beispiel die Weltbank, die den dringenden Bedarf in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft und humanitäre Hilfen decken sollen, vor dem Hintergrund, dass die UN vor einer riesigen humanitären Katastrophe in Afghanistan warnen, da Millionen Menschen vom Hunger bedroht sind und sich die Wirtschaft im freien Fall befindet (AFP vom 2. März 2022), und welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung unternommen, damit aktuelle Sanktionen nicht weiterhin die Bereitstellung von Hilfsgütern und größeren Hilfsprogrammen beeinträchtigen, also notwendige Ausnahmeregelungen für humanitäre Hilfe nicht blockiert werden (KNA vom 15. Februar 2022)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

38. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Wie genau stellt sich der Bundesminister für Justiz den geplanten Einsatz von „Online-Streifen“ der Polizei im Internet vor, und wie wird dabei der, meiner Meinung nach immanenten Gefahr entgegnet, dass die Grenzen zulässiger Meinungskundgabe und richtigerweise zu sanktionierendem strafrechtlich relevantem Verhalten durch übermäßige Verfolgung ex officio verschwimmen (vgl. portal liberal vom 17. Februar 2022, <https://liberal.e.de/content/marco-buschmann-will-strafverfolgung-im-netz-staerken>, zuletzt abgerufen am 17. Februar 2022)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

39. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Über welche Erkenntnisse verfügt der Bundesminister für Arbeit hinsichtlich des Zeit- und Kostenaufwandes für notwendige manuelle Nachbuchungen von Arbeitszeiten und Korrekturen von Fehlbuchungen bei bereits eingesetzten automatisierten Systemen zur Arbeitszeiterfassung, und inwieweit haben diese Erkenntnisse Berücksichtigung bei der aktuell diskutierten Modifizierung der Pflicht zur Arbeitszeiterfassung im Bereich des Mindestlohngesetzes gefunden (vgl. Heise.de vom 15. Februar 2022, www.heise.de/news/Gesetzentwurf-Arbeitszeit-soll-in-vielen-Branchen-sofort-digital-erfasst-werden-6489528.html und Handelsblatt vom 15. Februar 2022, www.handelsblatt.com/politik/deutschland/arbeitszeit-heil-will-digitale-zeiterfassung-auf-bau-und-in-anderen-branchen-gebaeudereiniger-das-ist-fernab-der-betrieblichen-realitaet/28067968.html?ticket=ST-16832160-oOpgqqneu7YCusdrogAp-ap4, jeweils zuletzt abgerufen am 18. Februar 2022)?
40. Abgeordnete
**Mareike Lotte
Wulf**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass der ab 1. Juli 2022 angekündigte monatliche Kindersofortzuschlag in Höhe von 20 Euro unmittelbar die soziokulturelle Teilhabe von Kindern aus von Armut betroffenen Familien sichert, insbesondere vor dem Hintergrund, dass einer aktuellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln e. V. (IW; www.iwkoeln.de/studien/martin-beznoska-to-bias-hentze-regierung-entlastet-kurzfristig-alle-steuerzahler.html) zufolge die im Entlastungspaket beschlossenen Maßnahmen (u. a. Kindersofortzuschlag) die aktuellen Preissteigerungen schon jetzt nicht mehr ausgleichen werden können?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

41. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie viele Kampfflugzeuge vom Typ Tornado werden aufgrund der am Luftwaffenstützpunkt Büchel geplanten Baumaßnahmen um Luftwaffenstützpunkt Nörvenich verlegt (bitte einschließlich Personal angeben), und wann werden diese auf dem Luftwaffenstützpunkt Nörvenich eintreffen (bitte den genauen Termin bzw. Zeitplan angeben)?

